

Inhalt

Vorwort	8
I. Schwarze Wolken über der religiösen Autonomie	
1. Europa und die Religionen	11
2. Der Diakonie-Fall aus Hamburg	14
3. Das Personalwesen bei den Jüdischen Gemeinden	17
II. Der rechtliche Schutz der Religionszugehörigkeit vor Diskriminierung	
1. Vorbild: Art. 3 III GG: niemand benachteiligt, niemand bevorzugt	20
2. Entwicklung des Europarechts bis zum Amsterdamer Vertrag 1997	22
3. Bedenken gegen den Schutz der »Rasse«, jeder Weltanschauung, der anderweitigen Religionszugehörigkeit	25
4. Die Richtlinie 2000/78/EG vom 27.11.2000 und die Religionsgemeinschaften	31
5. Die »Kirchenklausel« im AGG als Anerkennung religiöser Autonomie	35
6. Die verfehlte Rüge ungenügender Umsetzung der Richtlinien durch die Kommission	37

III. Verfassungsrechtliche Garantie des Rechts der Religionsgemeinschaften auf Selbstbestimmung

1. Verfassungsrechtliche Grenzen für die Abwehr gegen Diskriminierungen im AGG aus der besonderen Schutzbedürftigkeit jüdischer Gemeinden 40
 - a) Vernachlässigung von Unternehmerinteressen 40
 - b) Speziell: jüdische Gemeinden als Arbeitgeber 43
2. Bedeutung von Art. 140 GG (Art. 137 WRV) für das Recht auf Selbstbestimmung 47
3. Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht zum Schutz der Autonomie für Religionsgemeinschaften in ihrer Einwirkung auf das AGG 49

IV. Schlussbetrachtung 53